



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Hans Kremendahl

Es informiert Sie Heike Blümmel
Anschrift Pannewiese 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 4052
Fax (0202) 563 5223
E-Mail heike.bluemmel@cdu-wuppertal.de

Datum 07.07.2004

Antrag

Drucks. Nr. VO/3285/04
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
14.07.2004	Hauptausschuss
19.07.2004	Rat der Stadt Wuppertal

Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie für den Bürger kostenneutral gestalten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates am 19. Juli 2004 zu setzen und den Antrag als Resolution des Rates der Stadt Wuppertal verabschieden zu lassen.

Wir bitten ferner darum, die Resolution an die Landesregierung Nordrhein-Westfalens weiterzuleiten.

1. Der Rat der Stadt Wuppertal bekennt sich ausdrücklich zum Umweltschutz und begrüßt aus diesem Grunde die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union nachdrücklich.
2. Die Vorgehensweise des Bundes, die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht im Wege der Rahmengesetzgebung den Bundesländern zu überlassen, wird ebenfalls begrüßt. Die Bundesländer erhalten damit einen weiten Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung der Richtlinie in Landesrecht.
3. Der Rat der Stadt Wuppertal fordert das Ministerium für Umweltschutz, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucher (MUNLV) auf, bei der Umsetzung der Europäischen

Wasserrahmenrichtlinie den vorherrschenden Referenzbedingungen auch im Gebiet des Wupperverbandes Rechnung zu tragen.

Dies bedeutet konkret, dass bei der Umsetzung der Richtlinie darauf zu achten ist, dass das Gebiet des Wupperverbandes – wie viele andere Gebiete im Industriegebiet Nordrhein-Westfalen – ein hochgradig industrialisiertes Gebiet ist, in dem insbesondere die Wasserkraft für die industrielle Produktion benötigt wurde und der Mensch die Landschaft den Arbeitsbedürfnissen angepasst hat.

4. Darüber hinaus wendet sich der Rat der Stadt Wuppertal dagegen, dass bei der Umsetzung durch das MUNLV der Versuch unternommen wird, an den demokratisch legitimierten Gremien der Gebietskörperschaften vorbei Recht zu schaffen, welches die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Gebietskörperschaften nachhaltig belasten wird.

Begründung:

In Nordrhein-Westfalen wurde die Umsetzung der Europäischen Wasser-rahmenrichtlinie sowie deren Vollzug und Überwachung ausschließlich dem MUNLV übertragen.

Der nunmehr vorgelegte Gesetzentwurf zeigt, dass die Umsetzung nicht durch förmliches Gesetz, bei dem eine Entscheidung des Landesgesetzgebers im Landtag erforderlich wäre, sondern durch ein materielles Gesetz in Form einer Rechtsverordnung erfolgen soll, welches durch die Ministerialverwaltung formuliert und umgesetzt werden wird.

Das ebenfalls unter der Federführung des MUNLV erarbeitete Wasserentnahmeentgeltgesetz (WasEG) vom Januar 2004 stellt ein nachhaltig abschreckendes Beispiel für eine Kostenbelastung der Bürgerinnen und Bürger unter dem Deckmantel des Umweltschutzes dar.

Vor diesem Hintergrund steht zu befürchten, dass die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht kostenneutral für unsere Bürgerinnen und Bürger in Wuppertal erfolgen wird und durch das Ministerium ein Zustand der Gewässer im Gebiet des Wupperverbandes wie in der Zeit vor der industriellen Revolution herbeigeführt werden soll.

Dies hätte im Ergebnis zur Folge, dass unsere jetzigen qualitativ hochwertigen Gewässer künftig als belastet gelten würden, weil bestimmte Lebewesen und Mikroorganismen nicht mehr wie vor 200 Jahren darin leben.

Dieses Verständnis zur Umsetzung von europäischem Recht überspannt und überfordert das Verständnis von Umweltschutz bei weitem.

Das zutiefst undemokratische Verständnis bei der Umsetzung einer Rechtsnorm mit Hilfe eines Verwaltungsapparates wird von der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal verurteilt, da dieses Verhalten im Ergebnis zu einer Entdemokratisierung der Entscheidungsprozesse führt. Gerade die jetzige Landesregierung NRW hat sich jedoch dazu bekannt, eine Entbürokratisierung auf allen politischen Ebenen voranzutreiben. Dieses Bekenntnis darf nicht ein bloßes Lippenbekenntnis bleiben!

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Simon
Fraktionsvorsitzender